

Öffentlich statt privat: Linke Industriepolitik für eine Wirtschaft im Umbruch

Prolog

Europa erlebt eine Vielfachkrise, die die europäische Industrie- und Wirtschaftspolitik vor schwerwiegende Herausforderungen stellt – und an alten neoliberalen Grundsätzen rüttelt. Ausschlaggebend hierfür sind eine Vielzahl an sich überlappenden Entwicklungen:

- Der **menschengemachte Klimawandel und die Überschreitung planetarer Grenzen bedroht die klimatische und ökologische Stabilität der Erde** – und untergräbt dadurch die Basis funktionierender Ökonomien. Vor diesem Hintergrund erleben wir einen erbittert geführten **Richtungsstreit über die Ausrichtung des Kapitalismus**, nicht aber über den Kapitalismus selbst: Während alte fossile Fraktionen um jeden Tag ringen, den sie ihr Geschäftsmodell verlängern können, richten sich andere auf eine ökologische Modernisierung und vermeintlich grünen Kapitalismus aus. Dieser Richtungsstreit durchzieht die gesellschaftlichen Institutionen und Machtapparate und übersetzt sich auch in konkrete Gesetzgebungen: So hat die Europäische Union im Rahmen des Grünen Deals einerseits ein Klimagesetz vorgelegt, das im globalen Maßstab durchaus als ambitioniert gilt (und dennoch nicht genügt, um Minderungspfade für „deutlich unter zwei Grad“ Erderwärmung zu entsprechen). Andererseits unterläuft sie ihre eigene Zielsetzung, in dem sie in einzelnen Gesetzesakten immer wieder Hintertüren für die Verlängerung fossiler Geschäftsmodelle zulässt. Und als wäre das nicht genug, blasen die europäischen Konservativen und Rechten für die kommende Legislatur zum **Angriff auf den Grünen Deal**.
- Die COVID-Pandemie hat die **Störanfälligkeit globaler Liefer- und Wertschöpfungsketten** in Erinnerung gerufen. Nach drei Jahrzehnten unangefochtener und ungebremschter kapitalistischer Globalisierung gingen damit auch Debatten über die Ansiedlung bzw. Wiederansiedlung von strategisch relevanten und für die Daseinsvorsorge unabdingbarer Sektoren sowie über die Regionalisierung von Wirtschaftskreisläufen einher.
- Der russische Angriffskrieg in der Ukraine und die daraufhin eskalierende Energiepreiskrise haben darüber hinaus die **massive Abhängigkeit europäischer Industrien von fossilen Energien** aufgezeigt. Diese werden nicht selten von autoritären Regimen bezogen. Der **verzögerte Ausbau der Erneuerbaren** ist demnach nicht nur klimapolitisch fatal, sondern schadet der Resilienz europäischer Industrien und der globalen Demokratie.
- Hinzu kommt ein **Subventionswettlauf**, in dem Staaten weltweit um die Ansiedlung von

Industriestandorten sowie die Marktführerschaft im Bereich grüner und digitaler Technologien ringen. Zentrale Akteure jenseits der EU sind hierbei die USA und die Volksrepublik China, die mit dem „**Inflation Reduction Act**“ (IRA) bzw. „**Made in China 2025**“ milliardenschwere Subventionsprogramme vorgelegt haben. Insbesondere China kann zudem eine hohe Konzentration im Bereich der Gewinnung und Verarbeitung von **kritischen Rohstoffen** vorweisen.

Die hier skizzierten Entwicklungen haben auch in Brüssel eine neue Offenheit für industriepolitische Maßnahmen hervorgerufen. Zugleich wird jedoch bisher die Chance verpasst, einen wirklichen Paradigmenwechsel vorzunehmen. Denn zentrale industriepolitische Gesetzgebungen dieser Legislatur – darunter das Netto-Null-Industriegesetz, das Gesetz über kritische Rohstoffe und das Chips-Gesetz – zielen vor allem darauf ab, durch **deregulierte Genehmigungsverfahren** private Investitionen anzureizen. Auf eigenständige EU-Investitionen im großen Umfang und den Aufbau öffentlicher Steuerungskapazitäten wird hingegen verzichtet. **Damit wird die grüne Transformation weitestgehend Marktkräften überlassen.** Dort, wo Subventionen getätigt werden, dienen sie vor allem der **Absicherung privater Investitionsrisiken** („De-Risking“) – ohne dabei an soziale oder ökologische Konditionen gekoppelt zu sein. Insofern sind staatliche Stimuli für die Industrie unter Umständen zu begrüßen, sie gehen derzeit jedoch in eine falsche Richtung.

Gleiches gilt für die teilweise stattfindende **Revision des Beihilferechts** (bspw. im befristeten Krisen- und Transformationsrahmen, TCTF, oder bei „wichtigen Vorhaben von gemeinsamem europäischem Interesse“). Diese ist zunächst zu begrüßen, birgt jedoch auch Risiken für den Zusammenhalt der Union: Die ungleiche Finanzstärke der Mitgliedsstaaten führt zu einer ungleichen Auszahlung von Beihilfen und gefährdet die **gleichmäßige Entwicklung des Binnenmarktes**. Von den bis Ende 2022 im Rahmen des TCTF 93,52 Milliarden Euro getätigten Beihilfen, entfielen 76% allein auf Deutschland. Die EU-Kommission kündigte vor diesem Hintergrund die Einführung eines europäischen Souveränitätsfonds an. Diese wurde allerdings verschoben und durch die Plattform „Strategische Technologien für Europa“ (STEP) ersetzt. STEP verfügt dabei über nahezu keine eigenständigen Mittel und soll vielmehr bestehende Fonds für Unternehmen im Bereich strategischer Technologien öffnen. Dadurch werden Gelder, die ursprünglich für Investitionen in öffentliche Infrastrukturen oder Forschung gedacht waren, für private Unternehmen mobilisiert – eine Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums.

Schließlich ist auch eine mangelnde **strategische Selektivität** hinsichtlich geförderter Technologien zu festzustellen, die oftmals mitgliedstaatlichen Partikularinteressen sowie dem Diskurs über eine vermeintliche Technologieoffenheit geschuldet ist. Um nur wenige Beispiele zu nennen: Die jüngste Reform des europäischen Strommarktes ermöglicht es Mitgliedsstaaten, auch Atomkraft über zweiseitige Differenzkontrakte zu fördern. Die europäische Wasserstoffbank kann auch blauen Wasserstoff (Gas + CCS) fördern. Neben Atomkraft sind auch synthetische Kraftstoffe Gegenstand des Netto-Null-Gesetzes. Und in der EU-Taxonomie gelten Atomkraft und fossiles Gas als nachhaltig.

Für Die Linke bietet die gegenwärtige Situation dennoch Interventions- und Gestaltungsmöglichkeiten. Wir setzen uns für eine **sozial und ökologisch gerechte Transformation** ein, die zur Erhaltung und Schaffung **guter Arbeitsplätze** beiträgt und eine starke **gesellschaftliche Verankerung** genießt. Wir wollen **Kosten und Gewinne der Transformation gerecht verteilen** und die **Macht der großen Konzerne beschränken**. Die Transformation darf deswegen nicht allein dem Markt überlassen werden. In strategischen und für das Gemeinwohl relevanten Sektoren braucht es **öffentliche Kontrolle, Steuerung und auch vo-**

rausschauende demokratische Planung. Wir stehen für eine solidarische europäische Industriepolitik, die durch gemeinsame Instrumente den Zusammenhalt der EU stärkt, anstatt ihn zu gefährden. Schließlich setzen wir uns **gegen klima- und energiepolitische Scheinlösungen** ein: Der Linken kommt die Aufgabe zu, den Grünen Deal gegen Angriffe von rechts zu verteidigen und ihn zugleich zuzuspitzen. Es geht um viel: Eine Wirtschafts- und Klimapolitik, die zu steigenden Preisen, mangelnder Mitbestimmung und einem als übermäßig invasiv wahrgenommenen Staat führt, produziert ihre eignen Gegner. Diese drohen bereits jetzt, Mehrheiten gegen die grüne Transformation mobilisieren zu können. Doch eine Verzögerung können wir uns nicht leisten.

Forderungen von Die Linke

Eine Basis schaffen: Massiver Ausbau erneuerbarer Energien!

Der Ausbau erneuerbarer Energien ist nicht nur klimapolitisch geboten, sondern ist auch industriepolitisch notwendig: Die Verfügbarkeit günstiger grüner Energie ist schon jetzt ein zentrales Kriterium für die Standortentscheidungen vieler Industriebranchen. Zudem stärkt der Ausbau der Erneuerbaren die europäische Autonomie. Wir stehen deshalb für einen massiven Ausbau erneuerbarer Energien. Die Energiewende darf nicht ausschließlich Marktkräften überlassen werden: Die europäischen Mitgliedsstaaten müssen eine aktive Rolle in der Energieproduktion einnehmen, in dem sie Teile der Energieproduktion in öffentliches Eigentum überführen.

Die zu investierenden öffentlichen und privaten Summen dafür sind gigantisch. Überlassen wir die Energiemärkte jedoch den Oligopolisten, die bereits den fossilen Energiemarkt und seine Preise dominiert haben, ist das Ergebnis absehbar: Wir erhalten statt einem fossilen Oligopol ein grünes – oder grün angestrichenes – Oligopol. Wir brauchen stattdessen öffentliches Eigentum am energetischen Blutkreislauf unserer Wirtschaft, welches demokratische Mitbestimmung und Preiskontrolle ermöglicht. **Preisdeckel und Gewinnabschöpfungen** sollten nicht nur bei Preisexzessen im Energiesek-

tor angewendet werden, sondern dauerhaft implementiert werden. Wir streben die Rekommunalisierung relevanter Energieinfrastrukturen (Strom-, Gas, und Wärmenetze) an, die durch einen zu schaffenden **europäischen Rekommunalisierungsfonds** unterstützt werden soll. Zuletzt wollen wir sicherstellen, dass Anlagen zur Erzeugung von erneuerbaren Energien – Photovoltaik- und Windkraftanlagen – in ausreichendem Maße in Europa produziert werden, um ein Mindestmaß energiepolitischer Resilienz zu gewährleisten.

Die mit Wettbewerbsnachteilen kämpfenden europäischen Solar- und Windkraftanlagenhersteller müssen kurzfristig durch die Mitgliedsstaaten mittels **Resilienz-Boni** abgesichert werden. Wir fordern die Europäische Kommission zudem auf, ein **europäisches Solar- und Windkraftpaket** auf den Weg zu bringen, das einheitliche Bedingungen verbessert. Mittelfristig wollen öffentliche Kapazitäten aufbauen und die Produktion von Solar- und Windkraftanlagen zumindest in Teilen der Marktlogik entziehen. Wir wenden uns schließlich **gegen klima- und energiepolitische Scheinlösungen**, die falsche Pfadabhängigkeiten zementieren und den Ausbau der Erneuerbaren bremsen: **Keine Privilegierung von Atom, Gas, synthetischen Kraftstoffen und CCS!**

Niemanden zurücklassen und alle mitnehmen: Den Übergang demokratisch und sozial gerecht gestalten!

Die Transformation stellt eine große Herausforderung für Regionen dar, deren ökonomische Strukturen früher stark durch den Abbau fossiler Rohstoffe geprägt waren oder noch sind. Die EU hat 2021 vor diesem Hintergrund den Fonds für einen gerechten Übergang (Just Transition Fonds, JTF) eingeführt, mit dem Strukturwandelmaßnahmen in den entsprechenden stehenden Regionen finanziert werden sollen. Wir fordern die **Verlängerung des nur bis 2027 vorgesehenen Fonds und die Bereitstellung neuer Mittel**.

Darüber hinaus muss der Fokus ausgeweitet werden: Es braucht einen zusätzlichen **JTF für Automobilregionen**, die durch die anstehende Transformation und Konversion der Automobilindustrie unter Druck geraten. Im Zentrum steht für uns die Ausweitung demokratischer Mitbestimmung. Zudem muss sichergestellt werden, dass die Finanzmittel in den kernbetroffenen Regionen verbleiben und den von der Transformation betroffenen Menschen zugutekommen. **Regionale Wirtschafts- und Transformationsräte unter Beteiligung von Zivilgesellschaft und Gewerkschaften** müssen fester Bestandteil des gerechten Übergangs sein und Mitspracherecht bei der Verwendung der Mittel haben.

Wir setzen uns für **geordnete Rückbau- und Konversionspläne für fossile Wirtschaftszweige** ein, die absehbar keine Zukunft haben und schrumpfen müssen. Dabei müssen Beschäftigten **Umschulungsprogramme und Job-Garantien** zugutekommen. Eine **europaweites Online-Portal** soll Übersicht über Jobs im Bereich grüner und digitaler Technologien bieten. Um dem Fachkräftemangel zu begegnen, wollen wir die **Bedingungen für Migrantinnen auf dem Arbeitsmarkt verbessern** und bürokratische Hürden – etwa hinsichtlich der Anerkennung von Ausbildungszertifikaten – abbauen.

Spielregeln ändern:
Für eine neue Steuer- und Fiskalpolitik als Grundlage der Transformation!

Die Europäische Union braucht mehr Finanzmittel, um die vielfältigen Krisen bewältigen und Investitionen in die sozial-ökologische Transformation vornehmen zu können. Wir streben deshalb eine **deutlich stärkere Besteuerung von multinationalen Großunternehmen** sowie die **Einführung einer Finanztransaktionssteuer** an.

Darüber hinaus wollen wir auch kreditfinanzierte Investitionen und eine **aktivere Fiskalpolitik** in den Mitgliedsstaaten ermöglichen, die Vollbeschäftigung schafft und die wirtschaftliche Entwicklung stärkt. Hierfür bedarf es **einer grundlegenden Revision des Stabilitäts- und Wachstumspaktes (SWP)**. Das 3-Prozent-Defizit-Kriterium und die 60-Prozent-Schuldenstandsquote sind Investitionsbremsen. Sie bezwecken eine sozialschädliche Kürzungspolitik auf dem Rücken der Beschäftigten und verhindern Zukunftsinvestitionen.

Subventionen ermöglichen:
Das Beihilferecht ändern!

Um eine starke und aktive Industriepolitik zu ermöglichen, braucht es darüber hinaus eine **Anpassung des Wettbewerbs- und Beihilferechts im Vertrag über die Arbeitsweise der EU**. Staatliche Beihilfen für die Wirtschaft, die an den 17 Zielen für eine nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals - SDGs) ausgerichtet sind, sowie Förderungen, die maßgeblich zur sozial-ökologischen Transformation beitragen, müssen dauerhaft ermöglicht werden. Die Genehmigungsverfahren der Kommission müssen beschleunigt werden.

Wichtige Vorhaben von gemeinsamem europäischem Interesse (IPCEI):
Ausweitung, Transparenz und klare Kriterien!

Bisher wurden durch die Kommission sechs wichtige Vorhaben von gemeinsamem eu-

europäischem Interesse definiert, in deren Rahmen bereits veränderte beihilferechtliche Vorgaben gelten: zwei Programme im Bereich Mikroelektronik sowie jeweils ein Programm im Bereich Batteriezellen, Cloud Computing, Wasserstoff und pharmazeutische Industrie. Wir fordern analog zu den bestehenden Programmen auch **IPCEIs für Solar- und Windkraft sowie für den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs sowie und der europäischen Schieneninfrastruktur**. Die Gewährungskriterien für staatliche Beihilfen im Rahmen von IPCEIs müssen **strikt an sozialen und ökologischen Aspekten ausgerichtet sein**. Außerdem müssen die Vergabeentscheidungen der Mitgliedsstaaten transparenter ausgestaltet werden.

**Eigenständige EU-Investitionen:
Für einen europäischen
Souveränitätsfonds!**

Um der Ungleichentwicklung des Binnenmarktes und der damit einhergehenden sozialen Spaltung vorzubeugen, braucht es ferner eine **gemeinsame Industriepolitik der Union**. Wir fordern deshalb die Einführung eines **europäischen Souveränitätsfonds** aus den Mitteln des mehrjährigen Finanzrahmens (MFR), um europaweit Investitionen in strategisch relevante Sektoren und Transformationsvorhaben tätigen zu können. Sozialpartner, Zivilgesellschaft und Wissenschaft müssen beständiger Teil des Aufsichtsgremiums sein und Mitspracherecht bei den Investitionsentscheidungen des Fonds erhalten. Die Plattform „Strategische Technologien für Europa „ (STEP) ist keine Alternative, da sie – mit kaum frischem Geld ausgestattet – kaum private Investitionen auslösen und den Druck auf bestehende Fonds erhöhen wird.

Subventionen: Nur mit sozialen und ökologischen Konditionen!

Subventionen dürfen nicht nur den Unternehmen zugutekommen, sondern müssen auch an soziale und ökologische Konditionen gekoppelt sein. Sie sind ein Mittel, um übergeordnete gesellschafts-, sozial- und

umweltpolitische Ziele zu erreichen. Wir wollen nicht, dass Industriepolitik lediglich die Vergesellschaftung privater Risiken bedeutet, während die Gewinne privatisiert werden. **Hauptziel ist die Schaffung von guten Arbeitsplätzen, die ein Leben in Würde und Selbstbestimmung ermöglichen**. Konkrete Bedingungen für Subventionen sollten **Beschäftigungs- und Standortgarantien**, eine Stärkung der Tarifbindung und die **Einbindung der Gewerkschaften** in Unternehmensentscheidungen sein. Profitieren Unternehmen von Beihilfen, so dürfen sie zudem grundsätzlich **keine Stellen abbauen sowie Managerboni und Dividenden ausschütten** dürfen. Bei transformationsbedingt reduzierten Arbeitszeiten (wie in der Stahlindustrie) müssen Unternehmen **Arbeitszeitverkürzungen bei vollem Lohnausgleich** garantieren.

Schließlich müssen begünstigte Unternehmen höchstmögliche **Umweltstandards** vorweisen und **Dekarbonisierungspläne** vorlegen. Um die Einhaltung der Konditionen zu gewährleisten, müssen Mitgliedsstaaten die zuständigen Behörden mit den notwendigen Mitteln ausstatten (hier lohnt ein Blick in die USA, wo rund zwei Prozent der Mittel des Chips Acts an das Handelsministerium fließen). Subventionen sollten es der Öffentlichkeit darüber hinaus auch ermöglichen, Anteile an einem Unternehmen zu erlangen und dieses in **öffentlichen Besitz** zu überführen.

**Öffentliches Eigentum:
Die Transformation nicht dem
Markt überlassen!**

Wir stehen für den **Aufbau öffentlicher Steuerungs- und Produktionskapazitäten** in Sektoren, die für die gesellschaftliche Daseinsvorsorge und die grüne Transformation relevant sind. Die Transformation darf nicht den Marktkräften überlassen werden: Schlüsselunternehmen der Transformation müssen unter öffentlicher Kontrolle stehen. Hierfür schlagen wir den **Aufbau einer Europäischen Industrieförderung** vor, die sich über die Europäische Investitionsbank

(EIB) finanzieren und Anteile an relevanten Unternehmen erwerben soll.

Der Verantwortung gerecht werden: Klare Vorgaben für öffentliche Beschaffungen und Auktionen!

Die EU und die Mitgliedsstaaten müssen ihrer Verantwortung für die sozial-ökologische Transformation gerecht werden, in dem sie als Vorreiter grünen Technologien zu einem größeren Marktanteil verhelfen. Die öffentliche **Beschaffung von Gütern darf deshalb nicht nur an preisgetriebenen Kriterien ausgerichtet** sein, sondern muss auch qualitative Kriterien wie gute Arbeits- und Umweltstandards berücksichtigen. Darüber hinaus sollte die Resilienz der Lieferkette sowie ‚Made in Europe‘ relevante Faktoren sein. Dasselbe gilt auch für die Ausgestaltung von Auktionsmechanismen, etwa für die Vergabe von Flächen für die Erzeugung erneuerbarer Energien: Hier bedarf es einer Einführung technologiespezifischer und europaweit harmonisierter **Präqualifikationskriterien**. Das bedeutet, dass bestimmte soziale (bspw. Tarifbindung und Einhaltung zentraler ILO-Normen), ökologische (bspw. Höchstmaß an Umweltprüfungen) und sicherheitspolitische (bspw. Cybersicherheit) Kriterien als Voraussetzung für die Teilnahme an Auktionen dienen. Das sich derzeit in Trilog-Verhandlungen befindliche Netto-Null-Industriegesetz muss hier die richtigen Weichen stellen.

Forschung und Entwicklung – für das Gemeinwohl!

Die Förderung der Erforschung und Entwicklung von strategischen Technologien muss auf die **Stärkung des Gemeinwohls** ausgerichtet sein. Die Gewährungskriterien des Europäischen Innovationsfonds und des Rahmenprogramm für Forschung und Innovation ‚Horizont Europa‘ müssen deshalb **sozialen und ökologischen Zielstellungen folgen**. Ferner fordern wir, dass die **Öffentlichkeit an den aus der Forschung und Entwicklung resultierenden Profiten beteiligt** wird: Dies kann in Form von Li-

zenzgebühren stattfinden, die die Unternehmen bei dem Verkauf der durch öffentliche Mittel entwickelten Produkte erzielen – solange, bis die ursprüngliche öffentliche Investitionssumme zurückgezahlt wurde. Für öffentliche Institutionen müssen die entwickelten Patente frei zugänglich sein. Sollte ein begünstigtes Unternehmen seine Produktion nach Erhalt von Mitteln zur Erforschung und Entwicklung eines Produktes in das außereuropäische Ausland verlagern, so muss das Unternehmen eine sofortige und vollständige Rückzahlung der öffentlichen Mittel vornehmen.

Ressourcen schonen und gerecht handeln: Für eine globale Rohstoffwende!

Um Abhängigkeiten im Bereich kritischer Rohstoffe zu reduzieren, setzt die EU auf die Diversifizierung von Importen durch neue strategische Partnerschaften sowie den Ausbau des heimischen Bergbaus und der heimischen Rohstoffverarbeitung. Als Linke stehen wir jedoch auch für die **Ver-ringerung der Primärrohstoffverbrauchs** und den **Ausbau von Recyclinginfrastrukturen**, um Rohstoffe in Wirtschaftskreisläufen zu halten. Bergbau darf nur unter der **Berücksichtigung höchster Umweltstandards** geschehen – und nicht in Naturschutzgebieten.

Die lokale Bevölkerung muss in Planungsprozesse einbezogen und an Gewinnen der Unternehmen beteiligt werden. Tiefseebergbau lehnen wir ab. Die EU muss sich für ein globales Tiefseebergbau-Moratorium einsetzen. **Wir stellen uns gegen die Fortführung einer neokolonialen Rohstoffpolitik**, die ökologische Kosten der Rohstoffproduktion auslagert und die Gewinne nach Europa abschöpft. Strategische Rohstoffpartnerschaften mit Drittstaaten dürfen nicht auf Kosten von Gesellschaft und Umwelt im globalen Süden eingegangen werden. Wir wollen **Handels- und Wirtschaftsbeziehungen auf Augenhöhe und von wechselseitigem Nutzen**, die auch in den rohstoffexportierenden Staaten Wert-

schöpfung ermöglichen. Um nachhaltige Industrialisierungsprozesse im globalen Süden zu ermöglichen, muss sich die EU für einen **Schuldenschnitt für Staaten des globalen Südens** einsetzen und eine **Reform internationaler Finanzinstitutionen** anstreben.

Resilienz ganzheitlich betrachten:
Sicherheits- und Industriepolitik
zusammendenken!

Kritische Infrastrukturen im Bereich Energie, Transport und Kommunikation – darunter Häfen, Leitungs- und Übertragungsnetze – sind neuralgische Punkte europäischer Sicherheit und zentral für das Gelingen der Energiewende. Die Liberalisierung und Privatisierung dieser Infrastrukturen machen diese anfällig für sicherheitspolitische Risiken. Wir wollen **kritische Infrastrukturen deshalb unter öffentliche Kontrolle bringen**. Analog zu der bestehenden ‚Verordnung für die Überprüfung ausländischer Direktinvestitionen‘ und aufbauend auf der ‚Strategie zur wirtschaftlichen Sicherheit‘ der EU-Kommission fordern wir zudem auch verbindliche Überprüfungen von Auslandsinvestitionen europäischer Unternehmen. **Investitionen von europäischen Unternehmen in sicherheitsrelevante Technologien (insbesondere im militärisch-industriellen Komplex) in außereuropäischen Drittstaaten wollen wir grundsätzlich verbieten.**

V.i.S.d.P.:

Europabüro Dr. Cornelia Ernst (MdEP)
www.cornelia-ernst.eu

Kontakt: Frederick Coloumb
frederick.coulomb@europarl.europa.eu